



## Beschluss

### TOP I.2

#### Reform der Sachaufklärung in der Zwangsvollstreckung

Berichterstattung: Bayern, Baden-Württemberg

1. Die Justizministerinnen und Justizminister sind der Auffassung, dass eine Modernisierung der Sachaufklärung in der Vollstreckung wegen Geldforderungen sowie die Zentralisierung und Automatisierung der Schuldnerverzeichnisse geboten sind, um die Effizienz und Leistungsfähigkeit der zivilen Zwangsvollstreckung zu stärken. Der von Baden-Württemberg und Bayern vorgelegte Regelungsvorschlag ist nach ihrer Einschätzung geeignet, diese Ziele zu erreichen.
2. Sie beauftragen die Bund-Länder-Kommission für Datenverarbeitung und Rationalisierung in der Justiz, für die Koordinierung der landesweiten zentralen Schuldnerverzeichnisse und Vermögensverzeichnisse organisatorisch-technische Leitlinien mit den erforderlichen einheitlichen Rahmenvorgaben zu erstellen.
3. Die Bund-Länder-Arbeitsgruppe „Modernisierung des Zwangsvollstreckungsrechts“ wird beauftragt, die Innen- und Finanzressorts des Bundes und der Länder wegen erforderlicher Anpassungen des Verwaltungsvollstreckungsrechts zu beteiligen sowie in Zusammenarbeit mit den Kostenrechtsreferenten des Bundes und der Länder die erforderlichen kostenrechtlichen Bestimmungen zu ergänzen.
4. Der Konferenz der Justizministerinnen und Justizminister ist im Jahr 2006 über den Stand der Umsetzung zu berichten.